

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

28.3.1928 (No. 75)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, bei als Kassentabell gilt und vervielfältigt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der festsitzende Zeitung, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Außenpolitische Erklärungen Mussolinis

In einem Interview mit dem Besitzer der Londoner „Daily Mail“, Lord Rothermere, sagte Mussolini: Italien hat noch einen schweren Kampf wirtschaftlicher Entwicklung vor sich. Auswärtige Verwicklungen sind das letzte, was es sich leisten könnte.

Ich habe meine friedlichen Absichten bewiesen durch Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit Jugoslawien, dem früheren Rivalen Italiens. Da beide Staaten Mitglieder des Völkerbundes sind, würde ein Mittel vorhanden sein, um mit der Gefahr eines evtl. Konfliktes fertig zu werden. Über die ungarische Grenzfrage äußerte sich Mussolini: Die Ungarn sind eine ritterliche Nation, für die wir Italiener Achtung empfinden. Zwischen beiden Ländern besteht aufrichtige Freundschaft. Eine solche Nation unter dem Druck eines dauernden Gefühlens offensichtlichen Unrechts zu lassen, würde nicht im Interesse des Friedens Europas liegen. In der ganzen Geschichte hat es noch nie einen Vertrag gegeben, der ewig dauert. Im Gegensatz zu Italien kann Ungarn keine geographische Grenze haben; aber es könnte und müßte eine Massen-grenze besitzen. Der Brennerpaß bildet eine natürliche geographische Grenze. Die Tatsache, daß zufällig ungefähr 200 000 Menschen österreichischer (?) Rasse auf der italienischen Seite dieser Grenze leben, darf die Sicherheit und geographische Einheit einer Nation von über 40 Millionen Menschen nicht schmälern. Die österreichischen Untertanen Italiens würden genau so behandelt wie die Italiener. Er sprach dann von den italienischen Kolonisationsbemühungen in Tripolis und der Cyrenaika, die darauf abzielten, der nordafrikanischen Küste die Fruchtbarkeit wieder zu geben, die sie zur Zeit des alten Noms zu einem der Getreidefelder der Welt gemacht habe.

Die deutschen Wahlerfolge in Polen

Der Zuwachs an Stimmen, der sich bei den Wahlen für den polnischen Sejm und Senat für die deutschen Listen gezeigt hat, wird in der polnischen Öffentlichkeit mit begreiflichem Mißvergnügen betrachtet. Aber selbst Blätter wie der „Kurjer Kozanowski“ müssen die Tatsache zugeben, daß es sich um einen entschiedenen Sieg für die Deutschen handelt, da diese ihre Kandidaten auf der Rinderheftenliste, wie auf der Liste der Sozialisten durchgebracht hätten und sogar im Lemberger Bezirk ein Deutscher gewählt worden sei. Die Gesamtzahl der Stimmen für die deutschen Listen sei von 100 517 auf 176 820, also um mehr als 75 Prozent, gestiegen. Das Blatt stellt fest, daß die deutschen Stimmen in der Wojewodschaft Posen um 7 Prozent, in Kommerellen um 25 Proz. und in Schlesien um 76 Prozent zugenommen haben. In Kommerellen sind an vielen Orten, nach den Berechnungen der „Gaceta Warszawska“ mehr Stimmen für die deutsche Liste abgegeben worden, als die Deutschen unter sich allein hätten aufreiben können. Die Erfolge der Deutschen sind umso bemerkenswerter, als kein Mittel untersucht geblieben ist, die Deutschen einzuschüchtern.

Dr. Marx als Reichstagskandidat. Die in Düsseldorf stattgefundene Wahlkreisvertreterversammlung der Zentrumspartei hat zum Spitzenkandidaten der Zentrumspartei für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost Reichstagskandidat Dr. Marx proklamiert. Wirth auf der Reichsliste des Zentrums? Wirth wird das Angebot der Demokraten, in Düsseldorf-Ost und West zum Reichstag zu kandidieren — wie aus Berlin gemeldet wird — nicht annehmen. Der Reichsparteivorstand des Zentrums, der am 11. April in Berlin zusammentritt, dürfte ihm eine Kandidatur an aussichtsreicher Stelle der Reichsliste anbieten. Wirth ist davon bereits unterrichtet.

Das Befinden des Abg. von Guntard hat sich so gebessert, daß jede Lebensgefahr als überwunden gelten kann.

Dr. Hermes Vorsitzender der Deutschen Bauernvereine. Zum Vorsitzenden der Vereinigung der deutschen Bauernvereine wurde, wie die „Germania“ berichtet, Reichsminister a. D. Dr. Hermes gewählt.

Das Befinden des preussischen Landtagspräsidenten Barteld hat sich, wie aus Berlin gemeldet wird, sehr verschlimmert. Die Lungenentzündung hat sich auf beide Lungenflügel verbreitet und das Herz wird schwächer. Die Ärzte haben nur geringe Hoffnung. Der Kranke befindet sich in einem Dämmerzustand. Heute Mittwoch morgen ist eine leichte Besserung im Befinden des Kranken zu verzeichnen.

Aus der deutsch-sozialen Partei ausgeschlossen. Auf dem Parteitag der deutsch-sozialen Partei wurden laut „L.-A.“ die bisherigen Reichsführer Richard Kunze, Berlin, und Blumentritt, Dresden, aus der Partei ausgeschlossen.

Der neue Oberkommissar der Interalliierten Rheinlandkommission. Der König von England hat den bisherigen Gesandten in Durazzo, Williams Seeb, zum Oberkommissar der Interalliierten Rheinlandkommission ernannt.

Im Lohnstreit bei der deutschen Reichsbahn wurde am Dienstag im Reichsarbeitsministerium zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den beteiligten Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen. Die Vereinbarung deckt sich im wesentlichen mit dem Schiedsgericht, geht aber infolgedessen über ihn hinaus, als im Lohngebiet III und in der Lohngruppe B des Lohngebietes II die Sätze um je einen weiteren Pfennig erhöht wurden. Der Tarifvertrag soll bis zum 31. Januar 1929 Geltung haben.

Annahme der amerikanischen Flottenvorlage. Die Marinevorlage, die Ausgaben im Gesamtbetrag von 359 190 000 Dollars vorsieht, wurde am Dienstag vom amerikanischen Repräsentantenhaus angenommen. Davon sind 48 Millionen Dollar für den Beginn des Jahres von acht 10 000-Tonnen-Kreuzern und zweier Unterseebootstypen bestimmt.

Letzte Nachrichten

Die Anleihepolitik des Reichs

M. Berlin, 28. März. (Priv.-Tel.) In der heutigen Sitzung des Reichstags gab bei der Finanzdebatte Reichsfinanzminister Dr. Brücker eine Erklärung über die Anleihepolitik ab. Er bezeichnete Auslandsanleihen des Reichs und der Länder für unzuverlässig. Die Prüfung, die durch die Beratungskommission erfolgt über den Umfang der bisherigen Anleihen und das Anleihebedürfnis der Gemeinden sei in kurzer Zeit abgeschlossen, so daß dann ein Überblick und eine Entscheidung darüber ermöglicht werde, was in Zukunft zu geschehen habe. Der Minister betonte mit besonderer Genugtuung, daß die Länderregierungen dieser Haltung der Reichsregierung volles Verständnis entgegengebracht haben.

Eine Überraschung bedeutete dann die Erklärung des demokratischen Reichstagsabgeordneten Dietrich (Baden) namens seiner Fraktion, daß sie den Etat ablehne. Es ist dies das erste Mal, daß die Demokraten sich zu einem solchen Schritt entschlossen haben.

Vor einer Rede Stresemanns

M. Berlin, 28. März. (Priv.-Tel.) Reichsaussenminister Dr. Stresemann nimmt heute an einer Veranstaltung des Vereins der ausländischen Presse teil, wobei er eine Rede halten wird. Es steht zwar noch nicht mit Sicherheit fest, daß sie großen politischen Charakter tragen wird, doch nimmt man an, daß er sich mit der Abrüstungskonferenz in Genf und den Ausführungen, die Poincaré am Sonntag in Bordeaux gemacht hat, beschäftigen wird.

Die Stabilisierung in Südslawien

M. Berlin, 28. März. (Priv.-Tel.) Die südslawische Regierung trifft — wie aus Belgrad gemeldet wird — alle Maßnahmen zur Stabilisierung des Dinar und zum Abschluß einer 250-Millionen-Dollar-Anleihe in England und Amerika, die diesem Zweck dienen soll. Die Stabilisierung soll auf der Basis erfolgen: 100 Dinar gleich 9,3 Schweizer Franken. Ein entsprechendes Gesetz wird vorgelegt, nach dessen Annahme Marinkowitsch sich nach London begibt, um die Verhandlungen über die erste Rate in Höhe von 75 Millionen zu treffen.

Zwischen Griechenland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten schweben Verhandlungen über die Fundierung der griechischen Schuld. Die Amerikaner traten dafür ein, Griechenland zunächst eine Anleihe von 12 Millionen Dollar zu gewähren, um die Flüchtlinge zu unterstützen.

Die Bombenexplosionen in Chicago

CHICAGO, 28. März. (Tel.) Gestern nacht explodierte eine Bombe vor einem Fabrikgebäude. Es ist dies die 52. Bombenexplosion innerhalb der letzten fünf Monate. Der Besitzer der Fabrik erklärte, es handele sich um einen Raubakt, weil er sich geweigert habe, eine der beiden republikanischen Klauen zu unterstützen, die sich gegenseitig die Verantwortung für die Attentate der letzten Zeit zuschieben. Die Häuser sämtlicher politischer Führer sind unter polizeiliche Bewachung gestellt worden. Einzelne Postkoffer haben es auch vorgezogen, ihre Wohnungen aufzugeben und in ein Hotel zu ziehen. Für die Entdeckung der Urheber der Terrorakte ist eine Belohnung von 65 000 Dollar ausgesetzt.

Aufhebung des Sichtvermerkwanges zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Nach Verhandlungen zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung in Berlin ist am 27. März durch Notenwechsel die Aufhebung des Sichtvermerkwanges zwischen den beiden Ländern mit Wirkung vom 5. Mai unter Inkrafttreten einer Vereinbarung über die posttechnische Regelung des deutsch-tschechoslowakischen Grenzverkehrs zum 1. Mai 1928 vereinbart worden.

Der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure in Rußland. Wie das „L.-A.“ aus Moskau berichtet, wird die Gerichtsverhandlung gegen die verhafteten deutschen Ingenieure wahrscheinlich bereits um den 15. April stattfinden. Gerichtsort ist Moskau. Die Verhandlung wird von dem Gesamtprozeß gegen die „Don-Beschmörer“ abgetrennt.

Die Gefangenen englischer Soldaten im Rheinland. Im Anschluß an den in der letzten Woche unternommenen Vorstoß des Unterhausmitgliedbes Renworth gegen die Rheinlandbesetzung, der auch von den zahlreichen Heiraten zwischen Engländern und Deutschen im besetzten Gebiet gesprochen hatte, wurde am Dienstag an den englischen Kriegsminister die Frage gerichtet, wieviele Gefangenen zwischen Soldaten der Rheinarmee und deutschen Frauen stattgefunden haben. Der Kriegsminister erklärte, ihre Zahl belaufe sich auf etwa 600.

* Um die Abrüstung

Wieder ist eine Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses des Völkerbundes ohne jedes praktische Ergebnis verlaufen. Und doch sind sich eigentlich alle darüber klar, daß in der Angelegenheit nun endlich einmal Beschlüsse gefaßt werden müssen, und zwar Beschlüsse, welche dem Wortlaut und dem Sinne der Völkerbundsatungen entsprechen und dem Friedensvertrag von Versailles gerecht werden. Nicht ohne Grund hat der deutsche Vertreter auf der letzten Tagung des vorbereitenden Ausschusses damit gedroht, Deutschland werde die ganze Frage vor das Forum der nächsten Vollversammlung bringen. Wie dort die Stimmung ist, ist bekannt: die große Mehrheit tritt für Abrüstung ein. Und es wäre für die Feinde der Abrüstungsidee, vor allem für Frankreich, eine schwere politische und moralische Mißstellung, wenn sich die Vollversammlung gegen die Saboteure der Abrüstung ausspräche.

Wie gemeldet wird, soll der Ausschuß bereits im Juli oder August d. J. von neuem zusammentreten. Man hoffe, daß bis dahin die Situation eine günstigere geworden sei, daß also Frankreich zu Opfern bereit sei. Die große allgemeine Abrüstungskonferenz solle dann Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres einberufen werden. Solche Meldungen sind natürlich vor allem Beschwichtigungsmäandern. Man will den schlechten Eindruck, den das Fiasko dieser Tagung gemacht hat, möglichst verwischen. Im Ernst denkt wohl kein Mensch daran, daß bei einer neuen Tagung im Juli oder August mehr herauskommen könnte als bei der letzten. Die große, allgemeine Abrüstungskonferenz aber wird man doch überhaupt nur dann einberufen können, wenn wirklich Gewähr für eine Einigung gegeben ist.

Zunächst Frankreich wird nun und nimmer für eine wirkliche Abrüstung zu haben sein. Und, weil dem so ist, versucht man jetzt in einem Teil der Pariser Presse, die ganze Angelegenheit von einer andern Seite her anzupacken. Man weiß, daß diejenige Großmacht, die am stärksten an einer allgemeinen Abrüstung interessiert ist und mit den schlagendsten Gründen die allgemeine Entwaffnung fordert, Deutschland ist. Je weiter man sich vom Tage des Waffenstillstands entfernt, je mehr die Kriegspolizei nachläßt, um so bereitwilliger erschleicht man sich der Einsicht, daß der jetzige Zustand auf die Dauer einfach unhaltbar ist, dieser verrückte Zustand mit seinem entwaffneten Deutschland inmitten einer Schaar bis an die Zähne bewaffneter Nachbarstaaten.

So ist es zu verstehen, daß jüngst einem Pariser Blatt der Linken die Bemerkung einschlichste, man werde wohl, wenn man zu keiner vernünftigen Abrüstung gelange, Deutschland eine Vergrößerung der Reichswehr und eine Verstärkung seiner allgemeinen militärischen Ausrüstung gestatten müssen. Diese Bemerkung ist durchaus logisch. Entweder rüsten alle ab, oder alle bewaffnen sich so, wie sie selbst es für zweckmäßig halten. Entweder begnügt sich Frankreich mit einem Heer von 70 bis 80 000 Mann, oder auch Deutschland legt sich ein stehendes Heer von 700 000 Mann zu. Man konnte seinerzeit unter dem Einfluß der Kriegsverheerung in Europa zweierlei Rechtsmaßstäbe schaffen. Auf die Dauer läßt sich eine solche Rechtsungleichheit nicht aufrecht erhalten. Besser wäre es, wenn allgemein nach vernünftigen Prinzipien abgerüstet wird. Läßt sich das aber nicht erreichen, dann wird Deutschland das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, auch seinerseits eine Ausrüstung zu tragen, die der der übrigen Mächte gleichwertig ist.

Neuer Haftbefehl im Elsaß. Wie aus Mülhausen berichtet wird, hat der Untersuchungsrichter in der Autonomistenaffäre gegen den in die Angelegenheit verwickelten, in der Schweiz weilenden Baron Ley Haftbefehl ergehen lassen. — Baron Claus Born von Sulach, der am Montag eine 18monatige Gefängnisstrafe in Straßburg hätte antreten sollen und ein demütiges Schreiben an den Staatsanwalt richtete, ist Strafausschub gewährt worden, nachdem er ein ärztliches Zeugnis ausbreitete, das bescheinigt, daß er augenblicklich krank sei.

Bevorstehender Rücktritt des britischen Lordkanzlers. „Times“ zufolge hat der vor längerer Zeit erkrankte Lord Cave den Premierminister ersucht, mit Rücksicht auf seinen schlechten Gesundheitszustand von dem Posten des Lordkanzlers entbunden zu werden. Mit Ausnahme der Zeit, in der das Kabinett MacDonalds am Ruder war, hat Lord Cave das Amt seit November 1922 bekleidet.

Die Eröffnung des polnischen Sejms am Dienstag war von großen Lärmzügen begleitet. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dajnski wurde zum Sejmarschall gewählt gegen den Willen Pilsudskis, was in Polen eine sehr kritische innere Lage geschaffen hat.

B.D. Berlin, 27. März.

Bei der zweiten Beratung des Marineetats,

(über deren Beginn bereits berichtet wurde), führte Abg. Wegmann (Ztr.) weiter aus: Die Kinderpeisung ist nicht Reichssache. Das Reich hat dafür den Ländern wiederholt Mittel bewilligt. Wenn Preußen 80 Millionen für den Umbau des Opernhauses bewilligt, wenn es größere Ministerialzulagen als das Reich geben kann, dann ist es unehrlich, den Anschein zu erwecken, als wenn durch die Bewilligung des Panzerschiffes die Mittel für die Kinderpeisung beeinträchtigt würden. Für ein neues Panzerschiff ist das Geld besser angewandt als für die Instandhaltung der ganz veralteten Linienschiffe, die uns geblieben sind. Wir brauchen ein solches Schiff, um bei einem etwaigen Überfall die Schaffung vollendeter Tatsachen gegen uns verhindern zu können. Aus sachlichen Gründen bewilligen wir die Mittel für das neue Panzerschiff. Wir erwarten eine Reform im Verwaltungswesen der Marine. Wir bedauern, daß wir so außerordentlich selten von den Angehörigen der Marine, besonders von den Offizieren, spontane Bekenntnisse zu der Republik hören. In dem Bemühen, einen verfassungstreuen Geist in die Marine zu tragen, werden wir den Reichswehrminister unterstützen.

Abg. Brüninghaus (Dpt.) erklärt, der Weltkrieg sei zur See gegen Deutschland entschieden worden, weil die deutsche Flotte zu schwach zur Abwehr gegen England und Amerika war. Die Ablehnung des neuen Panzerschiffes sei angesichts der Schwäche unseres Landheeres nicht zu verantworten. Wenn Deutschland nicht politischen Selbstmord üben will, dann müsse es seine Flotte wenigstens in dem uns vom Versailler Vertrag gelassenen bescheidenen Rahmen ausbauen. Mit großer Flottenpolitik habe der jetzt geforderte Neubau eines Panzerschiffes gar nichts zu tun. Der Besuch des Prinzen Heinrich auf dem Kreuzer Berlin sei in lächerlicher Weise aufgebauscht worden.

Abg. Frhr. v. Richthofen (Dem.) spricht seine Befriedigung aus über die Erklärungen des Ministers im Ausschuss über die Frage einer Erziehung der Marineangehörigen in republikanischem Geiste. Nach den Erfahrungen im Weltkriege könne man nicht blindlings den Gutachten der Marinefachverständigen folgen. Tirpitz, dessen Loblied hier gesungen wurde, habe die ungunstige Entwicklung der Kriegslage mitverschuldet, als er im Dezember 1914 von der bevorstehenden Unterseebootblockade Englands sprach. Die allgemein gebotene Sparsamkeit muß auch beim Haushalt der Reichswehr und Marine zur Auswirkung gelangen. Es muß nicht jede geforderte militärische Ausgabe schon deshalb bewilligt werden, weil sie nach dem Versailler Diktat zulässig ist. Im übrigen muß das Reich im eigensten Interesse den Wunsch haben, für eine Abrüstung in der Ostsee zu wirken und nicht einen Aufrüstungswettbewerb herbeizuführen. Der Bau des Panzerschiffes muß gegenwärtig auch außenpolitisch schädliche Rückwirkungen haben. Die Fraktion wird deshalb gegen die erste Rate für das Panzerschiff stimmen.

Abg. Reibermeyer (Komm.): Der Ausbau des polnischen Hafens Gdingen, der mit englischem Gelde erfolgt, richte sich ebenso wie der neue deutsche Panzerkreuzer gegen Rußland.

Abg. Loibl (B. Vpt.) fordert einen Abbau der Verwaltungsbeamten in der Marine. Wenn man überhaupt eine deutsche Marine aufrechterhalten wolle, dann müsse sie auch moderne Schiffe haben. Das dafür bewilligte Geld komme auch der deutschen Wirtschaft wieder zugute. Bei den Lieferungen sollten alle Länder gebührend berücksichtigt werden.

Abg. Graf zu Reventlow (Ztr.): Die Parteien, die am parlamentarischen System teilhaben, haben kein Recht, sich über die Phibusangelegenheit aufzuregen. Dr. Gröner hat in Spa einmal erklärt: Gib, das ist ja nur ein Wort, weiter nichts. (Reichswehrminister Dr. Gröner verläßt den Saal.) (Es kommt zu erregten Szenen. Mehrere Ordnungsrufe werden erteilt.) Wir werden für den Panzerkreuzer stimmen, weil wir hoffen, daß er im Material so zuverlässig sein wird, wie der Wehrminister unzuverlässig ist. (Vizepräsident Esser erteilt für diesen letzten Satz dem Redner einen Ordnungsruf.)

Reichswehrminister Dr. Gröner erscheint wieder im Saal und erklärt: Die Marine ist ein wichtiger Faktor des Landes. Darum hoffe ich, auch die Demokraten noch von der Notwendigkeit des Panzerkreuzers überzeugen zu können. Der Außenminister Dr. Stresemann hat mich noch vor wenigen Stunden seines Einverständnis mit meiner Haltung in der Frage des Panzerkreuzers versichert. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Wir haben also keine außenpolitischen Gefahren zu befürchten. Ich bitte daher um Bewilligung des Marineetats. (Beifall.)

Abg. Eisenberger (B. Vb.) lehnt den Panzerkreuzer ab. Wir haben nicht fiovell Millionen für Kriegsschiffe übrig zu einer Zeit, wo der Bauer unter der Steuerlast leidet.

Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Es folgt die Einzelberatung

des Ausschussberichtes über die Lohmann-Untersuchungen.

Abg. Meinig (Soz.): Sieben Monate hat es gedauert, bis wir die Lohmann-Angelegenheit einigermaßen überschauen konnten. Ein Dementi tritt sogar die direkte und indirekte Subventionierung der Phibus-A.G. ab. Erst seit ein paar Monaten verlangen sämtliche Parteien volle Aufstellung. Im Gegensatz zu der Kanzlererklärung sind doch Mittel des Marineetats in die Sache gesteckt worden, sind doch von Lohmann noch persönliche Geschäfte gemacht worden. Wir werden den Antrag des Haushaltsausschusses zustimmen, aber auch dem kommunistischen Antrag, die verantwortlichen Minister, Vorgesetzten und sonstigen Beteiligten in vollem Umfange regreppflichtig zu machen.

Abg. Treviranus (DN): Das jetzige Kabinett habe lediglich die Hinterlassenschaft früherer Kabinette zu liquidieren. Die Verantwortung trage in vollem Umfange der ehemalige Reichswehrminister für die ersten beiden Gruppen der Lohmann-Untersuchungen. Vollkommene Aufklärung werde daher auch erst nach der Rückkehr Gehlers möglich sein. Erst durch die Unterschrift des Herrn Reinhold sei die weitere Beteiligung Lohmanns an den Millionenverlusten bei der Phibus-Affäre möglich geworden. Für die dritte Gruppe der Lohmann-Geschäfte, die er auf eigene Faust getätigt hat, trage er allein die Verantwortung. Es verbleibe die Materiallosigkeit des Kapitän Lohmann sei einwandfrei erwiesen. Es bleibe aber seine Verantwortlichkeit für die Millionenverluste. Die bisherige Kontrolle des Etats ist ungenügend.

Abg. Schaeffer (Komm.) nennt die von der Regierung abgegebenen Erklärungen ein Täuschungsmandat. Der Redner fordert, daß die verantwortlichen Minister Dr. Luther, Dr. Marx, Dr. Geßler und Dr. Reinhold vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Abg. Brüninghaus (DVP.) erklärt, seine Fraktion verurteile mit der gleichen Schärfe wie die übrigen die hier erörterten Vorgänge. Kapitän Lohmann habe sich als guter Offizier bewährt. Er habe offenbar seine wirtschaftlichen Fähigkeiten überschätzt, gehe aber persönlich integer aus der Sache hervor. Er sei auch gestraft genug dadurch, daß er für sein ganzes Leben seine Bezüge nur bis zur Pfändungsgrenze erhält.

Abg. Frhr. v. Richthofen (Dem.) sieht die erste Ursache der ganzen Affäre darin, daß der Ruhrfonds seinerzeit nicht liquidiert worden sei. Die mit diesem Gelde getriebene geheime Militärpolitik war vom nationalen Standpunkt aus wohl gut gemeint, aber sie hat dem Deutschen Reich keinen Nutzen gebracht. Wir Demokraten standen in diesem Punkte im Gegensatz zu dem Minister Dr. Geßler. Wir wollten ihn zur Amniederlegung bewegen, aber er hat den Austritt aus der Demokratischen Partei vorgezogen. Dr. Reinhold ist gar nicht über die Vorgänge informiert worden.

Abg. Wegmann (Ztr.) gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, die den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zustimmt. Eine Liquidation des Ruhrfonds unmittelbar nach der Einstellung des Ruhrkampfes wäre ungewinnhaft gewesen. Aufs schärfste ist es zu verurteilen, daß auch der Reichsfinanzminister nicht auf Kontrolle bestanden hat, als er 1926 von den Dingen erfuhr. Die Zentrumsfraktion stimmt den von der Regierung angeführten Kontrollmaßnahmen zu und wünscht eine Prüfung der Frage, wie weit die Vermittler und Treuhänder bei den Lohmann-Geschäften regreppflichtig gemacht werden können.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Der kommunistische Antrag, die verantwortlichen Minister vor den Staatsgerichtshof zu stellen, könne erst in Zusammenhang mit der Prüfung der Regreppflicht erwogen werden.

Reichswehrminister Gröner: Auf Seiten der Regierung bestehen keine Bedenken gegen die Anträge des Haushaltsausschusses. Die für alle Ministerien vorgehende Kontrollkommission wird im Reichswehrministerium in kurzer Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen.

Abg. Dr. Pfeiler (Bayr. Vp.) erklärt, der Reichstag müsse sich jetzt auf die Prüfung der eintreffenden Berichte beschränken. Die persönliche Verantwortung der Beteiligten könne erst später genau festgestellt werden. Hinsichtlich der Persönlichkeit Lohmanns müße doch gesagt werden, daß das Charakterbild eines früheren Offiziers getrübt wird durch die Behauptung, er habe sich eine Millionenbürgschaft erschlichen durch Täuschung zweier Minister.

Bei den Abstimmungen zum Marineetat wird der Antrag auf Streichung der Mittel für das neue Panzerschiff gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und einiger Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Nach Ablehnung der weiteren Streichungsanträge der Linken wird der Marineetat nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses in 2. Lesung angenommen.

Die zur Deckung der Phibusverpflichtungen in den Nachtragetat eingestellten sieben Millionen werden gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt.

Die Ausschußentschließung zur Lohmann-Angelegenheit wird angenommen, nachdem der kommunistische Änderungsantrag (Regreppflicht der verantwortlichen Minister) gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt worden ist.

Hierauf werden die zurückgestellten Abstimmungen zum Ergänzungsetat vorgenommen.

Der Ergänzungsetat wird mit der Ausschußentschließung zum Notprogramm angenommen.

Um 17 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Hausverwaltung der allgemeinen Finanzverwaltung mit Teilen des Nachtrags- und Ergänzungsetats.

B.D. Berlin, 28. März. (Tel.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts der

allgemeinen Finanzverwaltung.

Der Haushaltsausschuss legt Entschlüsse vor, in denen gefordert wird, daß durch geschäftsführende Regierungen eine Auflegung von Reichsanleihen nicht erfolgen soll. Die Hinaufsetzung der Zinssätze einer Reichsanleihe kann nur durch Gesetz erfolgen. Die Regierung soll Richtlinien vorlegen, die eine jährliche Vermögensaufstellung des Reiches regeln und bei Bekämpfung von erheblichen Vermögenswerten des Reiches, insbesondere Aktienpapieren, einzubehalten sind. Außerdem wird eine Reform der Reichshaushaltsordnung und eine klare Scheidung zwischen den Kosten des ordentlichen und außerordentlichen Etats entsprechend ihrer wirklichen eetat-rechtlichen Bedeutung gefordert. Schließlich werden Auflösungen über den Zuschubbedarf seit 1925 und über die Entstehung des Anleihebedarfs seit 1926 verlangt.

Abg. Dr. Gilleberg (Soz.) weist darauf hin, daß 1924 1,10 Milliarden Überschuss in der Reichskasse waren. Die Steuerentlastung durch Reinhold sei berechtigt gewesen. Die folgenden Etats seien nur mit Hilfe des Überschusses von 1924 in Ordnung gebracht worden. Im außerordentlichen Etat von 1927 sei ein Defizit von 1,5 Milliarden gewesen. Jetzt seien noch 883 Millionen Defizit vorhanden, für das keine Deckung vorhanden sei. Dabei haben sich die Einnahmen, so führt der Redner weiter aus, um rund 2 Milliarden in diesen Jahren erhöht. Diese Einnahmesteigerung ist im wesentlichen von den breiten Massen aufgebracht worden. Die in der leg. Brüning enthaltene Zusage, eine Herabsetzung der Lohnsteuer, ist nicht eingelöst worden, die Zusage einer Erhöhung der Vermögenssteuer auch nicht. Die Ausschußentschlüsse sind teilweise die Frucht unserer Anträge. Dagegen wird eine weitere Einschränkung des Etatrechts nicht zugelassen. Wir wollen nicht die Bewilligung von neuen Ausgaben von einer Zweidrittelmehrheit abhängig machen lassen. Das würde einer Minderheit die Macht geben, diese positive Politik der Mehrheit zu hindern, das wäre eine Aufhebung des gleichen Wahlrechts von hinten herum (Beifall bei den Sozialdemokraten). Die Bilanzierung des ordentlichen Etats ist scharf scheinbar. In Wirklichkeit weist dieser Etat ein Defizit auf. Die jetzige Erbschaft wird niemand übernehmen, ohne vorher festgestellt zu haben, wen die Verantwortung trifft. Im neuen Etat wird ein Defizit von 1/2, wahrscheinlich von 1/4 Milliarden zu bedeuten sein. Die Bilanz der Rechtsregierung ist auch finanzpolitisch nicht erfreulich.

Abg. Dr. Quast (DN): Wollen Sie wirklich behaupten, wir hätten durch verschwendende Wirtschaft das Defizit verschuldet? Wir hätten das Minuserbe der vorausgegangenen Regierung anzutreten. Das bezog sich besonders auf die Sozialpolitik. Es war ja nichts getan für die Besolungsreform, für die Sozial- und Kleinrentnerfürsorge. Finanzminister Dr. Reinhold hatte die Steuern gesenkt, nicht einmal zugunsten einer Stärkung der Produktion, sondern zugunsten eines kleinen Teils des Handels. Der jetzige Reichsfinanzminister hat das Defizit dauernd vermindert. Wir wollen die Stellung des Finanzministers so stärken, wie sie in alten Preußen mit seiner ausgezeichneten Finanzwirtschaft war. Unser innerer Etat wird immer mehr vermindert, weil der Löwenanteil unserer Mittel als Reparationslast ins Ausland flieht. Mit dem Vorredner bin ich der Meinung, daß wir nicht weiter von Jahr zu Jahr die Überweisungen des Reiches an die Länder steigern können. Die Länder müssen sich einschränken. Der endgültige Finanzausgleich ist nicht möglich, bevor nicht unsere Darlehensverpflichtungen endgültig geregelt sind. Das Ausland hindert uns also am endgültigen Finanzausgleich.

Badischer Landtag

D.3. Karlsruhe, 28. März.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Sitzung mit der Befamngabe

zahlreicher neuer Eingänge.

Darunter befinden sich allein 52 Gesuche. Die Regierung hat einen Gesekentwurf vorgelegt, wonach die Bürgerschaft des Landes Baden für Darlehen an die Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser A.-G. in Tauberbischofsheim in Höhe von 550 000 M über den 1. Januar 1928 hinaus bis zum 31. Dezember 1928 verlängert werden soll. Das Landesfinanzamt teilt die Bereinigung des Finanzamts Pforzheim-Land mit dem Finanzamt Pforzheim-Stadt mit. Der Abg. Maier (Bürg. Ver.) und Genossen haben einen Initiativgesekentwurf eingebracht, demzufolge vom 1. April 1928 ab eine Steuer für Hausachtlungen nicht mehr erhoben werden soll.

Regierungsseitig wird eine kurze Anfrage des Abg. Schred (Komm.) über die Grundwasserbeschäden der Gemeinde St. Ilgen beantwortet.

Abg. Dr. Matthes (D. Vp.) beantragt, die Aussprache über die Eitate des Finanzministers auf die heutige Tagesordnung zu legen.

Die Abgeordneten D. Maier-Karlsruhe (Bürg. Ver.), Dr. Frhr. (Zentr.), Maier-Heidelberg (Soz.) und Dr. Glöckner (Dem.) machen dagegen sachliche Gründe geltend. — Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Obkircher (D. Vp.) berichtet über die Mandatsniederlegung der Abg. Frau Beuerle (Zentr.), für welche Bürgermeister Kramer (Waghelm) in den Landtag eintritt. Das Plenum ist mit dieser Feststellung einverstanden.

Abg. Dr. Obkircher erstattet ferner Bericht über die Aufhebung der Immunität des Abg. Behringer (Bürg. Ver.)

zwecks Durchführung eines dienstpolizeilichen Verfahrens im Zusammenhang mit den seinerzeit abgeurteilten Verhaftungen bei der Städtischen Spartakus-Baden-Baden. Der Ausschuss beantragt,

- 1. das bereits vom Stadtrat Baden-Baden durchgeführte Verfahren für unzulässig zu erklären, und
2. die Immunität des Abg. Behringer aufzuheben.

Abg. D. Maier-Karlsruhe (Bürg. Ver.) erklärt, daß auch seine Fraktion diesem Antrag einmütig zustimmen werde.

Abg. Bod (Komm.) bemerkt, daß seine Gruppe in der Immunitätsfrage aus grundsätzlichen Erwägungen Stimmenthaltung üben werde.

Der Antrag des Geschäftsausschusses wird darauf im ersten Punkt einstimmig, im zweiten Punkt bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen.

Abg. Dr. Marum (Soz.) stellt als Vorsitzender des Haushaltsausschusses den Antrag, dem Gesekentwurf, betr. die

Steuererhebung in den Monaten April bis September

zuzustimmen.

Abg. Maier (Bürg. Ver.) bemerkt in der Einzelberatung, daß er den Gesekentwurf ablehnen müsse, nachdem seine Anträge im Ausschuss gefallen seien.

Die Vorlage wird sodann in Erster und Zweiter Lesung mit 37 gegen 6 Stimmen (Landbund, Wirtschaftliche Vereinigung und Kommunisten) bei 7 Enthaltungen (Volkspartei) angenommen.

Abg. Gumbert (D. Vp.) berichtet über die Eingabe des Freiburger Automobilklubs vom 20. März d. J., um Staatszuschuß zur Reuherstellung der

Renntrede Dreifach-Oberirrfingen, und unterbreitet folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, das Gesek in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß die Regierung ermächtigt wird,

- 1. aus dem Titel VI § 1 außerordentlicher Etat des Finanzministeriums den Betrag von 100 000 M zur Instandsetzung der Renntrede Dreifach-Oberirrfingen zu verwenden, unter der Bedingung, daß der Allgemeine Deutsche Automobilklub sich vertraglich zur Durchführung der Rennen auf mindestens die nächsten 6 Jahre verpflichtet und im Falle vorzeitiger Aufgabe der Rennen den entsprechenden Betrag der Aufwendungen dem Finanzministerium erlegt,
2. über den Betrag von 100 000 M zu Lasten von Titel VI § 1 außerordentlicher Etat des Finanzministeriums vorweg zu verfügen.

Abg. Bod (Komm.) meint, die Automobilklubs mögen die Kosten selbst tragen.

Somit wird das Wort nicht gewünscht, und der Ausschußantrag gegen die 8 kommunistischen Stimmen angenommen.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet über die Beschwerde des Abg. Bod wegen

Verweigerung des Zuschlags für die Teilnahme der kommunistischen Abgeordneten an Ausschüssen.

Der Haushaltsausschuss beantragt, der Landtag wolle über die Eingabe des Abg. Bod zur Tagesordnung übergehen.

Abg. Bod (Komm.) bekämpft die Stellungnahme des Ausschusses. Berichterstatter Dr. Glöckner weist den Vorwurf zurück, daß der Ausschuss die Kommunisten außerhalb jedes Rechtes gestellt habe. — Der Ausschußantrag findet die Zustimmung des Plenums, nachdem Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) erklärt hatte, daß die Kommunisten keinen Grund zur Klage hätten, weil auch in den anderen Parlamenten nur Mitglieder von Fraktionen zu den Ausschüssen zugelassen seien.

Abg. Maier (Bürg. Ver.) erstattet Bericht über den Gesekentwurf zur Änderung des Ortskirchensteuergesetzes.

Das Gesek soll bis zur Schaffung genauer Unterlagen für die Veranlagung bis zum 1. April 1931 befristet werden. Die das örtliche Kirchenvermögen verwaltende Behörde kann anordnen, daß bis zur endgültigen Festsetzung der Steuer Vorauszahlungen bis zur Höhe des zuletzt festgesetzten Steuerbetrags zu leisten sind.

Abg. Bod (Komm.) lehnt die Vorlage ab, die dann in beiden Lesungen in obiger Fassung mit 43 gegen 2 kommunistische Stimmen angenommen wird.

Abg. Dr. Frhr. (Zentr.) berichtet über den Gesekentwurf betr. die Bürgerschaft des Landes Baden

für Darlehen an die Lagerhauszentrale A.-G. Tauberbischofsheim,

und beantragt die Zustimmung mit der Maßgabe, daß die Bürgerschaft mit 550 000 M bis zum 31. Dezember 1928, und mit 300 000 M bis zum 31. Dezember 1929 verlängert wird.

Abg. Weißhaupt (Zentr.) begründet kurz seine frühere ablehnende Haltung. — Abg. Bod (Komm.) ist gegen die Vorlage. — Der Gesekentwurf findet in beiden Lesungen Annahme.

Desgleichen nach einem Bericht des Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) der Gesandtschaft über die

Umwandlung der abgeordneten Gemarlung Bronnbad (bei Tauberbischofsheim) in eine selbständige Gemeinde.

Ein Gesuch des Gemeinderats Auerbach um Rechtshilfe, worüber gleichfalls der Abg. Dr. Hoffmann berichtet, wird der Regierung in dem Sinne empfehlend überwiesen, daß auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen die Gemeinde Auerbach rechtlich belehrt werde.

Es folgt der Bericht des Abg. Weismann (Soz.) über den Antrag des Abg. Kühn und Genossen betr.

Der Ausbau einer Automobilstraße Hamburg-Frankfurt-Basel. Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung schlägt vor, den Antrag durch die nachstehende Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären:

„Die Interessen der badischen Gemeinden können durch die Mitgliedschaft des badischen Staates bei der „Asfaba“ im gegenwärtigen Stadium genügend gewahrt werden; dies gelangt durch die Mitwirkung der Wasser- und Straßenbaudirektion bei der Projektierung der badischen Linie hinreichend zum Ausdruck.“

Abg. Weismann berichtet weiter über den Antrag der Abg. Kühn und Genossen betr.

Auswüchse des Autoverkehrs. Er empfiehlt die bereits mitgeteilte Fassung (siehe Ausschussbericht vom 27. März) zur Annahme.

Abg. Kühn (Zentr.) erklärt, daß er sich angesichts des Ganges der Ausschussverhandlungen eine ausführliche Begründung ersparen könne. Um einer missverständlichen Auffassung zu begegnen, stellt der Redner fest, daß man auf seiner Seite dem Projekt einer Autostraße durchaus sympathisch gegenüberstehe. Nur darf der Bau nicht zu Schädigungen der Landbevölkerung führen.

Beide Auswahlanträge werden einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) berichtet über das Gesuch des Zentralvereins deutscher Zahnärzte e. V. um staatliche Förderung der Bestrebungen auf enges Zusammenarbeiten der Zahnheilkunde und inneren Medizin. Auf seinen Vorschlag wird die Eingabe der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Schluss gegen 1 Uhr.
Nächste Sitzung nachmittags halb 4 Uhr.

Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

In der Donnerstagssitzung berichtete der Abg. Weismann (Soz.) über den Antrag Kühn u. Gen. (Zentr.) betr. Maßnahmen gegen die Auswüchse und Gefahren des Autoverkehrs. Er erklärte, daß die Regierung unausgesetzt bemüht sei, den Auswüchsen des Auto- und Kraftfahrzeugverkehrs zu begegnen, sei es durch verstärkte Überwachung, Bestrafung oder gar Entziehung des Führerscheins. Die Rücksicht auf den Fremdenverkehr verlange eine gewisse Zurückhaltung. Durch ortspolizeiliche Vorschriften könne die Geschwindigkeitsgrenze auch unter 30 Kilometer herabgesetzt werden. Die gesetzlichen Bestimmungen seien an sich ausreichend. Ein Teil der Schuld liege auch am Publikum.

Der Antragsteller Abg. Kühn verwies zur Begründung auf die außerordentlich hohe Zahl der Autounfälle.

Darauf schloß sich eine recht ausgiebige Debatte. Ein Regierungsvertreter vertrat die Ansicht, daß infolge der kürzlich erschienenen Reichsverordnung über eine bessere Vereinfachung der Lastkraftfahrzeuge eine wesentliche Verminderung der Klagen der Hausbesitzer erwartet werden dürfe. Die Polizei halte ständig kurze ab, um den Autoverkehr den Wünschen der Bevölkerung entsprechend zu gestalten.

Von allen Seiten wurde betont, daß manches Unglück verhindert werden könnte, wenn Fahrer und Publikum Disziplin bewahrt. Es wurde eine scharfe Prüfung der Zulassung als Autoführer verlangt, ebenso wirksame Geldstrafen und in besonders gelagerten Fällen die Entziehung des Führerscheins.

Schließlich fand der folgende neuformulierte Antrag der Abg. Kühn, Marxhoff (Soz.) und Scheel (Dem.) einstimmige Annahme:

„Der Landtag beschließt: Die Regierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die immer stärker werdenden Auswüchse und Gefahren des Verkehrs mit Automobilen und Kraftfahrzeugen durch weitere geeignete Maßnahmen, u. a. auch durch öffentliche Aufklärung, sowie im Bedarfsfalle durch Herabsetzung der bisher zugelassenen Geschwindigkeit innerhalb bewohnter Straßen möglichst wirksam bekämpft werden.“

Es ist dabei auch darauf zu achten, daß Erschütterungen und Beschädigungen von Gebäuden tunlichst zu verhüten sind, soweit diese nach Durchführung der Reichsverordnung vom 16. März 1927 über die bessere Vereinfachung von Lastautos noch in Erscheinung treten sollten.“

Im Geschäftsordnungsausschuss

wurde Mitteilung gemacht von der Mandatsniederlegung der Abg. Frau Behrle (Zentrum) und Dr. Engler (Soz.). An Stelle der ersteren tritt Landwirt und Bürgermeister Hermann Kramer in Bächheim (Amt Donaueschingen), an Stelle des letzteren Frau Ethil Krautwin in Pforzheim.

Gegen einen Abgeordneten wurde von seiner vorgelegten Behörde ein Disziplinarverfahren eingeleitet und durchgeführt, wobei der Betreffende den Einwand der Immunität nicht erhob. Die Beschwerdeinstanz glaubte, sich mit der Beschwerde nicht befassen zu können, ehe der Landtag über die Aufhebung der Immunität schlüssig geworden ist. Der Ausschuss war der Auffassung, daß zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens ebenso die vorherige Aufhebung der Immunität erforderlich sei, wie bei der Einleitung eines gewöhnlichen Strafverfahrens und daß deshalb die Einleitung eines Disziplinarverfahrens unzulässig war. Der betreffende Abgeordnete beantragte nunmehr selbst die Aufhebung der Immunität, welche vom Ausschuss dem Plenum vorgeschlagen wird.

Aus den Parteien

Der Stahlhelm, Landesverband Baden, hat in seiner letzten Führerversammlung am 25. März beschlossen, sich an dem Reichstagswahlkampf nicht zu beteiligen. Er bezeichnet es aber als vaterländische Pflicht, das Wahlrecht auszuüben.

Lohnbewegungen in Baden

Die Mannheimer Tagesblätter sind in den Streit getreten, ohne den Schiedspruch des Tarifamtes Heidelberg in der Lohnfrage abzuwarten, wie es vereinbart war.

Von den Badischen Sparkassen

Mit einem Monatszuwachs von rund 400 Millionen Reichsmark im Januar haben bei den öffentlichen Sparkassen Deutschlands die Einlagen auf Sparkonto zu Ende dieses Monats die 5-Milliardengrenze überschritten. In Baden stieg der reine Spareinlagenbestand im Januar auf insgesamt 234,8 Millionen und der Einlagenbestand auf Kontokorrent-, Scheck- und Girokonto um 9,1 auf 45,9 Millionen Reichsmark. Der starken Steigerung der Spareinlagen — im Januar des vorigen Jahres waren es 10,6 Millionen und im Dezember 4,7 Millionen gewesen — liegt nicht nur ein starkes Überwiegen der Einzahlungen über die Auszahlungen zugrunde, sondern auch die im Januar erfolgten Zinsgutschriften und die Gutschrift von aufgewerteten Spareinlagen. Diese letztere ergab für den Januar bei den öffentlichen Sparkassen Badens allein ein Plus von 18,0 Millionen Reichsmark.

Badische Polizeiwaldlaufmeisterschaft

Als erste größere Veranstaltung des Badischen Polizeisportverbandes wurden am Sonntag die Waldlaufmeisterschaften ausgetragen. Die Strecke war etwa 7 Kilometer lang und wurde in den Hardtwald in der Nähe der Schießstände gelegt. Bei Teilnahme der verschiedenen Badischen Polizeisportvereine gelang es der Mannschaft des Polizeisportvereins Karlsruhe (Waldmeister Klar, Kottenmeister Illg, Polizeimeister Baubregel, Polizeimeister Gerber) wieder, wie im Vorjahre, Badischer Meister zu werden. Die Karlsruher Mannschaft wird am kommenden Sonntag, verstärkt durch den Käufer Kühn, an der Badischen Waldlaufmeisterschaft des Südd. Fußball- und Leichtathletikverbandes in Breisach teilnehmen und geht mit guten Aussichten in den Kampf. Im Anschließ an den Lauf, der während der Halbzeitpause des ersten Fußballspiels um die Badische Polizeifußballmeisterschaft zwischen Karlsruhe und Heidelberg (1:0 für Heidelberg) ausgetragen wurde, nahm der Vorsitzende des Polizeisportverbandes, Polizeioberleutnant Brenner, die Siegerehrung vor.

Ergebnisse: Waldmeister Klar, Karlsruhe, 19:14 Min., Kottenmeister Illg, Karlsruhe, 19:34 Min., Kottenmeister Schöghin, Freiburg, 19:41 Min., Streifenmeister Stüber, Waldshut, Waldmeister Frei, Freiburg, Polizeimeister Baubregel, Karlsruhe, Polizeimeister Gerber, Karlsruhe, Streifenmeister Mangler, Karlsruhe.
Mannschaftslauf: Polizeisportverein Karlsruhe 9 Punkte, Polizeisportverein Freiburg 20 Punkte.

Tagungen

Deutscher Tabakverband. Auf der Jahreshauptversammlung des Deutschen Tabakverbandes in Heidelberg wurde Dr. Müller, Karlsruhe, wiederum einstimmig zum Vorsitzenden gewählt und als stellvertretender Vorsitzender einstimmig der bisher stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes bayerischer Tabakvereine Reustadt a. d. S. wiedergewählt. Oberlandwirtschaftsrat Weisner, Karlsruhe, wurde erneut auf die Dauer von 5 Jahren die Geschäftsführung übertragen.

Gemeinde-Randschau

Karlsruher Bürgerausschuss

In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung behandelte der Bürgerausschuss Karlsruhe zunächst die Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Beamten und Angestellten der Stadt Karlsruhe. Mit Ausnahme der Kommunisten traten alle Redner für die Vorlage ein. Begrüßt wurde, daß die Vorlage keine Umgruppierung der Beamten bringt und sich, soweit möglich, der Gehaltsordnung der Staatsbeamten anpaßt. In Entgegnung auf Angriffe bezüglich der Gehälter der Bürgermeister erklärte Oberbürgermeister Dr. Winter, daß bei der nächsten Vorlage die Bürgermeister wieder wie vor 1920 nach Privatverträgen angestellt werden sollen. Nachdem über die Frage, ob die Debatte über die Vorlage abgebrochen werden sollte, tumultuäre Erregung entstanden war, wurde über die Vorlage abgestimmt, die mit allen Stimmen gegen die Kommunisten angenommen wurde.

Der zweite Hauptpunkt der Tagesordnung betraf die Bebauung des Ettlinger-Platzes durch die Wohnungsbau-Gesellschaft für Handel und Industrie A.-G. Karlsruhe, die verspricht, besonders billige Drei- und Vierzimmerwohnungen zu bauen. Auch einer sehr lebhaften Debatte wurde diese Vorlage mit großer Mehrheit angenommen. Ein Teil der städtischen Grundstücke am Ettlinger Tor wird im Wege des Erbbaurechts zur Herstellung eines Wohnblocks überlassen. Inseiner letzten Sitzung der Gegenstand der Vorlage durch die ausführliche Veröffentlichung bekannt. Bürgermeister Schneider gab Auskunft über die Gesellschaft, Wohnungsbau für Industrie und Handel, an der auch die Stadt beteiligt ist und die auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaut sei und schon 169 Wohnungen in soliden Bauten erstellt hat. Die Gesellschaft ist sehr gut geführt und hat niedere Baukosten; ihre Mietten gehen nicht über das 1/3fache der Friedensmiete hinaus. Es sei beauftragt worden, daß nur ein Architekt bei der Gesellschaft beschäftigt sei; das sei aber nicht der Fall; auch Prof. Billing soll ja in besonderem Maße herangezogen werden. Der Bürgermeister wandte sich auch gegen die Auslassungen von Architekten in der Presse. Es gebe anscheinend eine gewisse Gruppe von Interessenten, die wünschen, daß am Ettlinger Tor noch nicht gebaut werde, bzw. denen deute Prof. Billing nicht mehr genüge. Zu Prof. Billing habe er volles Vertrauen. Die Dinge seien geklärt und gründlich vorbereitet. In der Debatte sprachen sich mehrere Redner dafür aus, daß endlich die Lücke am Ettlinger Tor ausgefüllt werde. Es müsse dort ein Anfang gemacht werden. Bürgermeister Schneider teilte noch mit, daß die Frage des Staatstechnikums demnächst geklärt werde und daß die Verhandlungen mit dem Staat möglichst beschleunigt werden sollen.

Eine Reihe weiterer Vorlagen fand dann noch Annahme, so die Verwaltungsgebührenordnung, Vorlagen über die Genehmigung eines Darlehens für das Kinderkolonial in Donaueschingen, die Verbesserung der Betriebsverhältnisse des Rheinhafens und die Erwerbung von Grundstücken.
Der Stadtrat Heidelberg hat einstimmig beschlossen, zu Ehren des im Sommer aus seinem Amte scheidenden Oberbürgermeisters der dritten Neudarbrücke den Namen „Ernst-Walz-Brücke“ zu geben. Die neue Brücke soll am Gründonnerstag mit einer schlichten Feier dem Rechte übergeben werden.
Der Bürgerausschuss Achern hat den Vorschlag beraten und mit allen gegen 2 Stimmen genehmigt. Dabei wurde mitgeteilt, daß der Anlauf des Postgebäudes durch die Postverwaltung bis 1930 zurückgestellt worden sei. Genehmigt wurde sodann die Gewährung verbilligter Bauarlehen. Zu diesem Zweck sollen weitere 100 000 M aufgenommen werden. Mit den bisher vom Bürgerausschuss bewilligten Bauarlehen im Betrag von 250 000 M konnten 88 Neubauten mit 66 Wohnungen erstellt und durch Umbau in sechs Fällen 16 Wohnungen gewonnen werden.
Badisches Landesbühnen. Die nächste Neueinstudierung der Oper bringt Thomas „Mignon“ am Sonntag, den 1. April. Die musikalische Leitung dieses Werkes hat Rudolf Schwarz, die szenische Dr. Hermann Bucherpfennig.

Aus der Landeshauptstadt

Tullas hundertjähriger Todestag

Nachdem die Staatsregierung und Oberdirektion für Wasser- und Straßenbau eine eindrucksvolle Feier zum Gedächtnis des Schöpfers der Rheinregulation, Gottfried Tulla, bereits veranstaltet haben, gedenken die Fachvereine des großen badischen Landmanns am Donnerstagabend im Konzerthaus durch einen Lichtbildvortrag über Tullas Werk: **Die Rheinregulation.** Den Vortrag hat Reg.-Oberbaurat Speich der Wasser- und Straßenbaudirektion übernommen. Da der Vortrag öffentlich und unentgeltlich ist, ist der Bürgerschaft Gelegenheit gegeben, Näheres über diesen großen Sohn unserer Stadt zu hören und einen Einblick zu gewinnen in die schicksalreiche Geschichte der Rheinregulation seit Tulla bis heute. Der Rhein, heute der bestausgebaute Strom der Welt, wurde durch Tullas Plan vom wilden Strom voller Gefahren zum Diener unseres Vaterlandes, zur Hauptverkehrsader und zum Lebensnerv unserer Badischen Heimat. Der Versuch des interessanten Vortrags über die Geschichte der Rheinregulation ist daher jedem zu empfehlen. (s. Anzeigenteil.)

Ein Gedenktag. Am geistigen Tage waren 90 Jahre verflossen, seit Staatsminister Ludwig Georg Winter, der sich in den Anfängen der Verkehrsentwicklung um das Gebiet der Eisenbahn, des Straßenbaues, der Flugregulierung usw. um das Land außerordentliche Verdienste erworben hat, durch den Tod abberufen wurde. Er war auch ein eifriger Verfechter der Gewerbefreiheit. Winter hat im Jahre 1838 dem Landtage den von ihm verfaßten Gedenktext über den Bau einer Eisenbahn von Mannheim nach Basel vorgelegt. Trozdem die allgemeine Stimmung dagegen war, gelang es ihm, das Gesetz durchzubringen. 1865 wurde Winter beim alten Bahnhof in Karlsruhe ein Denkmal errichtet.

Der sinkende Stadtkirchturm. In der letzten Zeit ist festgestellt worden, daß der Turm der Evangelischen Stadtkirche, eine der Hauptbauten Weimbrenners, sich um ungefähr 20 Zentimeter gesenkt hat, so daß zwischen dem Turm und dem angrenzenden Kirchengebäude erhebliche Lücken entstanden sind. Die direkt am Turm vorbeiführende Kirchstraße ist für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt worden, auch darf die große Glocke, eine der ältesten und schwersten des Landes, vorläufig nicht mehr geläutet werden. Wahrscheinlich wird ein neues Fundament für den Turm geschaffen werden müssen.

Die Badischen Lichtspiele im Konzerthaus beginnen am Samstag, den 31. März, den Sport-Großfilm der 2. Olympischen Winterspiele St. Moritz 1926 „Das Weiße Stadion“. Regie: Dr. Arnold Jand und Othmar Gurtner. Es handelt sich zugleich um die Erstausführung dieses hervorragenden Bildwerkes in Baden.

Wetternachrichten des Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Auf der Südseite des bei Schottland liegenden Wirbels bringen fortgesetzte Störungen nach Mitteleuropa vor. Nach vorübergehender Auflockerung haben sich daher heute früh kurze leichte Niederschläge eingestellt. Dabei ist es warm und schwül. Eine über Kanal und Nordsee liegende Tiefdruckrinne dürfte uns bei wechselnd wolkigem schwülem Wetter gewitterartiger örtliche Regenfälle bringen. Der unbeständige Witterungscharakter bleibt im allgemeinen erhalten. **Voraussetzung** für 29. März: vielfach wolkig mit örtlichen, gewitterartigen Regenfällen, Temperaturen wenig verändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheimer, 28. März. (Tel.) Ein Brand, der heute früh in der Werkstätte des Schneiders und Möbelfabrikanten Guder in St. Leon bei Wiesloch ausbrach, schädigte sieben Scheunen und ein Wohnhaus ein. Die Brandursache ist unbekannt, der Schaden ist beträchtlich.

D. Heidelberg, 26. März. Heute konnte der hier im Ruhestand lebende Geh. Oberpostrat Karl Streck seinen 70. Geburtstag feiern. Der Jubilar war zulezt Präsident der Telegraphen- und Fernsprechanstalt in Berlin. Zahlreiche elektrotechnische Schriften entstammen seiner Feder.

Hd. Griesbach (Rendhal), 28. März. Die Landesvertretung der badischen Windhorstbünde, die an Ostern in Brühl stattfindet, wird sich endgültig über die Errichtung eines Gedenksteins an der Nordstelle Erzbergers schlüssig werden. Anlässlich der letzten Reichsschulungswache der süddeutschen Windhorstbünde in Griesbach im Oktober vorigen Jahres hatte man beschlossen, das an Erzbergers Todesstätte aufgestellte Marienbild durch eine würdige Anlage aus Findlingsblöden mit Platte zu ersetzen. Die Gemeinde Griesbach hat sich bereit erklärt, das Material unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Am Eingang der Kurhauskapelle, deren Neubau bevorsteht, wird außerdem eine Gedenktafel für Erzberger angebracht werden.

Freiburg, 27. März. Aus dem Hochschwarzwald wird geschrieben, daß mit großem Bedauern festgestellt werden mußte, daß zwei Sitzpläne der Sillentalbahn im kommenden Fahrplan ohne direkte Verbindung nach Mündingen verbleiben sollen. Wegen dieser Absicht der Reichsbahndirektion Karlsruhe müsse im Hinblick des in fortschreitender Entwicklung begriffenen Fremdenverkehrs in der Ost-West-Richtung stark protestiert werden. Es müsse dringend verlangt werden, daß wenigstens in den Monaten Juni bis September die beiden Sitzplätze in direktem Verkehr Freiburg-München eingestellt werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Zevissenotierungen

	26. März		27. März	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.54	168.20	168.24	168.58
Kopenhagen 100 Kr.	111.95	112.17	111.96	112.19
Italien . . . 100 L.	22.075	22.115	22.08	22.125
London . . . 1 Pf.	20.392	20.432	20.395	20.433
New York . . . 1 D.	4.1770	4.1850	4.1775	4.1850
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	80.485	80.645	80.505	80.665
Wien 100 Schilling	58.76	58.88	58.78	58.90
Prag . . . 100 Kr.	12.377	12.397	12.38	12.40

Verschiedenes

Erdbeben in Italien

Dienstag früh 9.40 Uhr wurden mehrere Ortschaften der italienischen Provinz Albino von einem Erdbeben heimgegesucht, das etwa 20 Sekunden dauerte. In Tolmezzo wurden fast ein Drittel aller Häuser so schwer beschädigt, daß sie für unbewohnbar erklärt werden mußten. Die Zahl der Todesopfer im ganzen Erdbebengebiet beträgt nach den letzten Meldungen acht. Auch die Zahl der Verletzten ist höher, als zuerst angenommen wurde.

18. 3. — 15. 4. 1928

Albrecht Dürer

Mustergültige Nachbildungen
der bedeutendsten Werke
Ausgestellt im Kunsthhaus 420

Inh. **E. Büchle** w. Bertsch
Kaiserstraße 132 (Gartensaal)
Besichtigung frei!

Staubbindemittel Lydtinol, E

das straßenverbessernde, dem Sprengwasser zuzusetzende Staubbekämpfungsmittel

KALTASPHALT

die sechzigprozentige reine Bitumen-Emulsion für Straßenbehandlung

Nach den von keinem Auslandspatent abhängigen Verfahren von Dr. Lydtin, Karlsruhe, hergestellt Von hervorragenden Fachleuten glänzend begutachtet 161

Alleinhersteller:
ZELLER & GMELIN
Eisingen Fils (Württemberg)

Die Verhütung von Waldbränden.

Ein neuerdings entstandener Waldbrand im Hardtwald gibt uns Veranlassung, die bezirkspolizeiliche Vorschrift obigen Betreffs vom 8. Mai 1925 wiederholt zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Wir weisen insbesondere darauf hin, daß das Rauchen in den Waldungen des Amtsbezirks außerhalb der Landstraßen und Gemeindegrenzen in der Zeit vom 1. März bis 1. Oktober jeden Jahres verboten ist. M. 831.

Bezirkspolizeiliche Vorschrift.

Auf Grund des § 23 Abs. 2 PStrGG, und des § 368 Biff. 6 und 8 Nr. 10 W. sowie § 64 des Forstgesetzes wird nach Zustimmung durch den Bezirksrat und Vollziehungserklärung durch den Herrn Landeskommissar vom 21. April 1925 unter Aufhebung der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 5. Juli 1886, die Verhütung von Waldbränden betr., für den Amtsbezirk Karlsruhe bezirkspolizeilich vorgeschrieben:

§ 1. Das Rauchen in den Waldungen des Amtsbezirks ist außerhalb der Landstraßen und Gemeindegrenzen vom 1. März bis 1. Oktober jeden Jahres verboten.

§ 2. Das zuständige Forstamt kann ständig beschäftigten Arbeitern das Rauchen im Walde gestatten.

§ 3. In den Waldungen oder in einer Nähe derselben von 50 Schritten sowie auf einem an den Wald anstoßenden Torfmoor darf ohne besondere Erlaubnis des zuständigen Forstamtes, das mit Erteilung zugleich die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen anzuordnen hat, kein Feuer angezündet werden. Ebenso ist das Betreten forstpolizeilich verhängter Schläge außerhalb der Wege verboten.

§ 4. Ausgenommen von der Vorschrift des vorgehenden Paragraphen ist das Feuer, welches die Forstausbeuten in ihren Dienstbezirken und die Holzhauser in den ihnen zum Hiebe angewiesenen Schlägen, sowie die Steinbrecher in den Steinbrüchen zum Kochen oder Wärmern, jedoch nur auf unschädlichen und ungefährlichen Plätzen, unterhalten dürfen.

§ 5. Die Forstschutzbeamten, die Holzhauser, die Steinbrecher und diejenigen, welchen sonst nach § 64 des Forstgesetzes die Erlaubnis zur Unterhaltung eines Feuers im Walde oder in seiner Nähe erteilt wird, sind verpflichtet, das Feuer beim Weggehen auszulöschen.

§ 6. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Reichsmark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Karlsruhe, den 26. März 1928.

Bad. Bezirksamt — Abt. IV. D.-3. 23.

Straßensperre.

Die Landstraße Nr. 2, Mannheim-Bühl, wird auf der Strecke von km 59,247 bis 60,700, d. i. vom nördlichen Anfang des Ortes Egenstein bis zum Abgang der Straße Nr. 19 (Kätheheimer Allee) für Fahrzeuge mit mehr als 3 Tonnen Gesamtgewicht in der Zeit vom 4. bis 17. April von 6 bis 19 Uhr werktags gesperrt. M. 830.

Umgebungsweg: Von der Wegkreuzung zwischen Station und Ort Leopoldshafen über Blantenloch, Gagelsfeld, Hünheim, Karlsruhe, Ettlingen, Neumalsch nach Mastatt und umgekehrt.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 121 PStrGG mit Geld bis zu 60 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 26. März 1928.

Bad. Bezirksamt — Abt. IV. D.-3. 26.

Frühjahrskreisfarrenmarkt

Die Kreisverwaltung Billingen hält am Donnerstag den 19. April auf dem Viehmarktplatz in Donau-Echingen den

Kreisverwaltung Billingen. S. 411

Stadt. Spar- u. Waisenkasse Freudenberg (Baden)

Oeffentliche Sparkasse.

Bilanz auf 31. Dezember 1926 und 1927.

Vermögen		Schulden	
1926	1927	1926	1927
1. Kassenbestand	98,50	2. 114,32	2. 114,32
2. Rückstände	—	11,23	11,23
3. Guthaben bei Girozentrale u. Banken	6 043,86	5 051,05	5 051,05
4. Guthaben auf Hypotheken und Schuldscheine	1 830,—	13 648,99	13 648,99
5. Fährnisse	400,—	400,—	400,—
	8 372,36	21 225,59	21 225,59

Der Verwaltungsrat:
Sofmann. M. 764

Oeffentliche Verbandssparkasse Langenbrüden.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Schulden.	
1927	1926	1927	1926
1. Kassenbestand, einschl. Postfisch u. Reichsbankguthaben	10 107,75	1. Spareinlagen	439 837,59
2. Darlehen auf Wechsel	10 042,30	2. Giroeinlagen	62 433,77
3. Darlehen auf Hypothek	260 983,95	3. Reichsgewinnanteile	54 300,—
4. Darlehen in laufender Rechnung an Private	113 174,17	4. Sonstige Kapitalschulden	43 314,73
5. Darlehen a. Schuldschein	187 241,66	5. Rücklagen:	
6. Darlehen an Gemeinden	20 000,—	a) Aufwertungsrücklage	8 000,—
7. Betriebskapitalkonto	12 672,59	b) von früheren Jahren	19 415,30
8. Einnahmerückstände	14 586,92	c) Reingewinn 1927	1 508,95
9. Gerätschaften	1,—		
	628 810,34		628 810,34

Berechnung der Rücklage:

Der gesetzliche Reservefonds hat zu betragen:
5% aus 502 271,56 M Einlagen = 25 113,58 M
Er beträgt am Schluß des Jahres 1927 19 415,30 M
Zugänglich der Zuzusatz vom Reingewinn 1927 1 508,95 M
Es fehlen am Reservefonds 4 189,30 M

Langenbrüden, den 16. März 1928.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Ruhn, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter:
Diediker.

Oeffentliche Sparkasse Rheinbischofsheim.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
1927	1926	1927	1926
1. Kassenbestand	10 117,75	1. Spareinlagen	519 057,21
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postfischamt	37 509,12	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	22 405,76
3. Wertpapiere	28 290,65	3. Sonstige Einlagen	—
4. Wechsel	6 559,05	4. Anlehens- und andere Schulden	97 842,29
5. Darlehen a. Hypotheken	393 279,51	5. Ausgaberrückstände	204,27
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	66 532,96	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein	108 770,55	a) gesetzl. Reservefonds	10 591,66
8. Darlehen an Gemeinden	10 000,—	b) Sonderumlage	—
9. Einnahmerückstände	5 941,84	c) Aufwertungsstod	32 501,32
10. Grundstücke u. Gebäude	19 100,—	7. Reingewinn vom Jahre 1927	7 932,73
11. Gerätschaften	4 433,81		
	690 535,24		690 535,24

Städtische (öffentliche) Sparkasse Königshofen.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Schulden.	
1927	1926	1927	1926
1. Kassenbestand	4 176,35	1. Spareinlagen, neue	478 679,15
2. Guthaben bei Girozentrale und Postfischamt	1 305,40	2. Giroeinlagen	469 494,73
3. Wertpapiere aufgewertete zum Nennwert	9 375,—	3. Anlehens- und andere Schulden	40 183,40
4. Wechsel	2 582,07	4. Ausgaberrückstände	22 500,—
5. Darlehen auf Hypothek, neue	282 760,88	5. Rücklagen:	519,25
6. Darlehen auf aufgewertete	341 597,27	a) gesetzlicher Reservefonds	15 569,24
7. Darlehen in laufender Rechnung	205 176,24	6. Reingewinn vom Jahre 1927	9 043,28
8. Darlehen auf Schuldschein, neue	77 368,68		
9. Darlehen an Gemeinden	30 489,34		
10. Darlehen auf aufgewertete	26 075,42		
11. a) Einnahmerückstände	9 442,93		
b) Aufwertungszinsen	9 284,61		
12. Grundstücke u. Gebäude (Steuerwert 30 000 M)	24 436,20		
13. Gerätschaften	4,—		
	1 025 879,05		1 025 879,05

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 518 762,55 M Einlagen = 41 501,04 M
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 24 602,52 M
Somit weniger 16 898,52 M

Königshofen, den 6. März 1928.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Michelbach. Der Geschäftsleiter:
Stein.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Donnerstag, den 29. März, 20^{1/2} Uhr
Öffentl. Lichtbildervortrag im Konzerthaus
(nicht im Rathssaal!)

Gottfried Tulla und die Rheinkorrektion

unter besonderer Berücksichtigung der ersten Rheindurchstiche bei Daxlanden und Leopoldshafen
Redner: Oberreg.-Baurat Spieß 425
Eintritt frei. Zutritt für jedermann!
Mittelbadischer Architekten- und Ingenieur-Verein,
Verein deutsche Architekten und Verein Bad. Heimat.

Ihren Umgang betr.
Brauchen Sie

Möbelwagen?

Bad. Lagerhaus Offenbrg.
Besitzer: Willy Wagner
fragen. Größt. bestempf. zuverl. Möbeldepot-Unternehmen.

M. 823. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Unterbadisches Isolierwerk und Badofenbau-Gesellschaft m. b. H. in Karlsruhe wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Versteigerung des Vermögens der Konkursverfallenen über das Vermögen der Firma Unterbadisches Isolierwerk und Badofenbau-Gesellschaft m. b. H. in Karlsruhe soll mit Genehmigung des Amtsgerichts A 1 hier die Schlußverteilung erfolgen.

Hierzu sind verfügbar 51 319,59 M und zu berücksichtigten für festgesetzte Schulden ohne Vorrecht 107 916,49 M und bestrittene Forderungen ohne Vorrecht 61 699,59 M.

Von den festgesetzten Forderungen ohne Vorrecht sind 10 und 15% Abschlagsdividende schon verteilt.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1 hier auf.

Karlsruhe, 27. März 1928.
Der Konkursverwalter:
Emil Müller, Rechtsanwalt.

M. 833. Karlsruhe. Das allgemeine Veräußerungsverbot an Karl Arnold, Inhaber der Firma Lahrer Zuckerwaren-Handlung Karl Arnold in Lahr, vom 22. d. M. wird aufgehoben.

Lahr, 27. März 1928.
Bad. Amtsgericht II.

M. 826. Wolfach. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Emil Bähle in Fischersbach wurde nach abgehaltenem Schlußtermin aufgehoben.

Wolfach, 22. März 1928.
Amtsgericht.

Freihändiger
Kuhholz-Verkauf.

Staatl. Forstamt Baden,
Schloßkellerstr. Nr. 2, Telefon 1005, Mittwoch, den 4. April 1928, mittags 12 Uhr: 3000 fm Nadelstammholz, Losverzeichnisse durch das Forstamt. M. 832

Freihändiger
Eichenstammholz-Verkauf

Bad. Forstamt Mittelberg in Ettlingen, Mittwoch, den 4. April: 83 fm Eichenstammholz aus Distrikt I, II, III und IV in 4 Losen. M. 834.
Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Bergebung
von Pflasterarbeiten.

Das Wasser- und Straßenbauamt Emmendingen vergibt im Wege der öffentlichen Submission die Herstellung von beil. 4200 qm Kleinpflaster und 800 qm Rinnenpflaster aus alten und neuen Steinen ohne Materiallieferung an Landstraße 113 in Emmendingen a. R. M. 819.

Angebote verschließen u. mit der Aufschrift „Pflasterung in Emmendingen“ versehen sind spätestens bis Mittwoch, den 11. April 1928, vorm. 10 Uhr, beim Bauamt einzureichen, wo zu genanntem Zeitpunkt

Badisches Landestheater

Donnerstag, 29. März 1928
* D 22 (Donnerstagniete)

Carmen

von Bizet
Musikal. Leitung Hof. Krupp
Regie: Robert Lebert

Carmen
Jofé
Escamillo
Micaela
Zuniga Dr. Bucherpfennig
Rotales
Dancario
Remendado
Frasquita
Percebes
Villas Partia
Kleinbub
Tänze von Ebitz Wiefelsch einstudiert

Anfang 19 Ende nach 22
I. Rang und I. Sperrplatz
7 RM.

Fr. 30. März: Der Freischütz.
Sams. 31. März: Die Kronprinzen.